

Wanngebühren
 Die Hausarbeiten des Anzeigens
 in den ersten 14 Tagen...
Anzeigenentgelt
 Die 1. tägliche Anzeigenszeile (8 Spalten)
 zu 20 Pfennigen...
 Am 1. März 11 u. Nr. 2098.

Dresdner Nachrichten

Geegründet 1856

Geräuschlose Türschliesser.
 Carl Heinsius & Co.
 Dresden-N., Karlsruherstr. 20.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Closets & Badeartikel
 in größter Auswahl billigst
Friedrich Gappisch
 Dresden-A., Marienstr. 11.

R. Beyer - Papier-Fabrik-Lager
 Papier-Großhandlung - Am See 16
 Bedeutendsten Lager aller Sorten Druck-, Schreib- u. Canaletpapiere, Schmalpapiere, Briefpapiere, Concertpapiere und Pappen, Pergamente, Seiden- und Packpapiere aller Formate und Hüllen, sowie aller in das Fach einschlagender Artikel.

Gummi-Schuh
 Sohlen- u. Absatzplatten
 Ia. Gummi-Lösung, Roh-Percha etc. für
 Grossisten und Reparaturen.
Reinh. Leupold, Dresden-Kemnitz.

Diätetische Kuranstalt
 Niederlösnitz bei Dresden.
 Elektrische Beleuchtung, Centralheizung, Prospekt
 früher Dr. Kadners Sanatorium. Dr. Oeder.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher u. englisch. eleganter Anzug-, Hoson- u. Paletotstoffe **Hermann Pörschel,** Scheffelstrasse 19.
 in allen modernen Farben u. Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen.

Nr. 56. Spiegel: Fall Arons. Hofnachrichten, Landtag, Marine-Ausstellung, Völkerkundliche Rede, Gerichtsverhandlungen, Vereinsnachrichten, Eugen d'Albert-Concert, Kupferstichkabinett. | Dienstag, 27. Februar 1900.

90 Pfennige für den Monat März.

Noch vor Beginn des zweiten Vierteljahres, etwa vom 7. März ab, bringen wir eine Neuerung in der Zubereitung unseres Blattes an die Bezüher in

Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch unsere **eigenen Boten** oder **Kommissionäre** geschieht, zur Einführung; die Bezüher erhalten die „Dresdner Nachrichten“ an den Werktagen, welche nicht auf einen Sonn- oder Feiertag folgen,

täglich 2 Mal Morgens und Abends zugetragen. Dabei bleibt der **Bezugspreis unverändert.**

Der Bezugspreis beträgt für Dresden und die Vororte **Blasewitz, Plauen und Löbtau** bei Zustellung durch unsere Boten **für den Monat März 90 Pfg.**

Verlag und Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“ **Liepsch & Reichardt** Marienstrasse 35.

Annahmestellen für Anzeigen und Bezugsbestellungen:
Grosse Klostergasse 5, Johannes Pässler;
Lutherplatz 1, Karl Bielich;
Königsbrückerstr. 39, Fritz Gilbers;
Bürgerstr. 44 (Vorstadt Pieschen), Rich. Ihle;
Grünerstr. 17, Georg Wagner;
Ecke Pillnitzer- und Albrechtstr., Albert Kaul;
Sachsen-Allee 10, Erdmann Hindorf;
Zöllnerstr. 12 (Ecke Striesenstrasse), Max Roll;
Merseburgerstr. 2 (Vorstadt Striesen), Otto Pils;
Uhlandstr. 17, Otto Bischoff;
Schäferstr. 65, Gust. Seyler;
In Blasewitz: Tolkwitzerstr. 2, Heinr. Niebling;
In Löbtau: Wildruferstr. 4, C. A. Götz;
Reisewitzerstr. 31, Arthur Schmidt;
In Plauen: Kirchstrasse 1 und **Reisewitzerstrasse 2c,** Arthur Matthaeus.

dozenten. Die als erste Instanz mit der Angelegenheit beauftragte philosophische Fakultät der Universität Berlin war im Vorjahre zu einem freisprechenden Erkenntnis gekommen.

Am Gegenstand dazu erklärte die zweite Instanz, der Disziplinarkonferenz für nicht richterliche Beamte, den Angeklagten für schuldig und begründete diese Auffassung in einem eingehenden Gutachten. Namentlich hat das preussische Staatsministerium im Sinne des Disziplinarkonferenz entschieden und Herrn Dr. Arons das von dem Präsidium der Konferenz unterzeichnete Urteil mit folgender Begründung zugesandt: „Nach dem eigenen Zugeständnis; des Angeklagten steht fest, daß er der sozialdemokratischen Partei angehört und es sich angelegen sein läßt, ihre Bestrebungen zu unterstützen und öffentlich zu fördern. Die Disziplinarkonferenz erster Instanz nimmt an, daß der Angeklagte sich dadurch noch nicht in Widerspruch mit seiner Stellung geacht habe, solange er in keiner Agitation gewisse Grenzen des Tactes und Anstandes beobachtet und sich aller unangehörigen, unangewandten Behauptungen und gehässigen Angriffe enthalten. Dieser Ansicht kann nicht beigetreten werden. Die sozialdemokratische Partei erstrebt den Umsturz der gegenwärtigen Staats- und Rechtsordnung mit Hilfe der zur politischen Macht gelangten Arbeiterklasse. Die bewußte Förderung dieser Bestrebungen ist unvereinbar mit der Stellung eines Lehrers an einer Königl. Universität und der sich daraus ergebenden Verpflichtungen, die jungen Leute, welche sich dieser Anstalt anvertrauen, zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchendienstes tüchtig zu machen“ (§ 1 der Statuten der Berliner Universität). Ein akademischer Lehrer, der mit derartigen Gegnern der bestehenden Staats- und Rechtsordnung gemeinsame Sache macht, zeigt sich des Vertrauens, das sein Beruf erfordert, unwürdig. Der Angeklagte hat sich hiernach eines Disziplinarvergehens im Sinne des Gesetzes über die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten schuldig gemacht.“

Herr Dr. Arons trat vor dem Disziplinargerichtshof 2. Instanz in großer Beise auf und erklärte, „man möge sich nicht erst mit milderen Maßregeln (Verweis) aufhalten; er werde sich an seiner politischen Thätigkeit doch nicht hindern lassen“. Diese Haltung deutete schon darauf hin, daß er entschlossen sei, seinen Fall im Sinne des politischen „Märtyrertums“ auszusprechen, und in der That erschallt jetzt auf der ganzen Linie der sozialdemokratischen, radikalen und jüdisch-liberalen Hülfspreßre unisono der Ruf: „Das Urteil des preussischen Staatsministeriums hat der Sozialdemokratie das letzte Hilfsmittel genommen, das ihr noch fehlte, indem es der Partei der sozialen Revolution zum politischen Märtyrertum verlohren hat!“ Es hat ein gewisses psychologisches Interesse, wenn man sich die Art der Aufnahme des Erkenntnisses bei der Schlußgruppe des Dr. Arons in ihrer vorentsprechenden Wiederholung etwas näher ansieht. Am lautesten und sicherlichsten geberdet sich natürlich der „Vorwärts“. „Der erste Scherzhaufen ist entzünbet!“ heißt es da u. U. „Der großindustrielle Kapitalismus sieht seine angemessenen Vorrechte, seine Ausbeuterthätigkeit durch die unabhängige Wissenschaft bedroht; deshalb soll die Wissenschaft zur gefügigen Wagnis der politischen Gewalt herabgewürdigt werden, und was dergleichen bläsender Unsinn mehr ist. Von der radikalen Presse erklärt als Wortführerin die „Frankf. Ztg.“, man müßte sich wundern, wenn das Urteil „nicht den letzten Rest von Ansehen, den die Disziplinarkonferenz des preussischen Staatsministeriums haben, den Garans machen sollte“. Gleichzeitig giebt das Frankfurter Blatt zu verstehen, in Dr. Arons sei nicht nur der Sozialdemokrat, sondern auch der Jude getroffen, und hat daneben die gelinde geäußert, Dreifigkeit, die Vermuthung auszuspochen, daß kleinere deutsche Regierungen vielleicht ihren Ehrgeiz darin sehen würden, zu zeigen, daß sie veragten Gelehrten eine Preisföhne gewähren“. Am dröcklichsten macht sich das Treiben und Wenden derjenigen Blätter, die unter dem Auswahnschild des gemäßigten Liberalismus insonderheit jüdisch-liberale Interessen verdeden. Der Jude pflegt, wenn man ihm das Wort „Jude“ zuruft, den Kopf in den Sand zu stecken und glaubt dann unerkannt zu bleiben, zumal wenn er auch noch die Vorsicht gebraucht, vor seinem Besten eine Föhne mit der Aufschrift: „Gemäßigter Liberalismus“ aufzuwachen. Das hilft aber Alles nichts, entdeckt wird der Jude doch auch in dem vorliegenden Falle. Oder sollte vielleicht ein nationalgeföhnter Deutscher nicht genug sein, um nicht zu wissen, wozum er ist, wenn er folgende Darlegung der „Nat.-Ztg.“ liest: „Wir bedauern diesen Ausgang. Nicht, daß die Freiheit der Wissenschaft dadurch beeinträchtigt würde, wie so oft im Voraus behauptet worden ist. Die Frage war in keinem Augenblick eine solche der Freiheit der Wissenschaft, sondern immer eine solche des Beamtenrechts. Es handelt sich darum, wie weit das Recht der Beamten zur politischen Thätigkeit geht.“ Hier sollen nun nach der Ansicht des genannten Blattes „Unterscheidungen“ gemacht werden. Bei „gewöhnlichen“ Beamten hält es die „Nat.-Ztg.“ für „ganz in der Ordnung“, wenn „das öffentliche Bekenntnis zur Sozialdemokratie und vollends agitatorische Thätigkeit für diese als unvereinbar mit der amtlichen Stellung erachtet werde“. Unversitätslehrer aber — ja, nicht das ist ganz was Anderes; unter diesen befinden sich eben hier und da Stammesgenossen des Herrn Dr. Arons und denen darf keinesfalls etwas am Zuge gestiftet werden; folglich muß die sozialdemokratische Parteistellung bei Professoren und Privatdozenten für die Staatsgewalt verdammt sein. Die recht orientalische Geföhmeidigkeit dieser Beweisauf-

beredung in ihrer Art vielleicht Anerkennung, daß aber zum Glück auf keinen Befall an den verantwortlichen Stellen der Regierung und in den deutschen Kreisen der Bevölkerung hoffen.

Derjenige Theil der öffentlichen Meinung im Reich, der auf streng nationalem und staatsrechtlichen Boden steht, hat an dem Urteil des preussischen Staatsministeriums auch nicht ein Tadelchen anzuföhnen, sondern billigt es durchaus, daß die Staatsgewalt hier vor keinen gegentheiligen Einflüssen zurückweichen muß und sich einzig und allein auf der Grundlinie des strikten Lebensprinzips bewegt hat. Unsere Hochschulen dürfen nie und nimmermehr zu einem Tummelplatz sozialrevolutionärer Treibereien gemacht werden; jede Schwäche und Nachgiebigkeit in dieser Beziehung wäre der Anfang vom nationalen Ende. In diesem einen Punkte darf durchaus kein Barben gegeben werden, sondern die staatliche Gewalt muß alles nur liegend in ihren schärfsten Stellungen aufbieten, um das sozialrevolutionäre Gift von der chemischen Zucht fern zu halten, an denen unsere heranwachsende Jugend ein voll geäußert und geäußelt Maß von nationalem und christlich-sittlichen Impulsen auf der Grundlage wissenschaftlichen Treibens zugewiesen erhalten soll. Vor den Thoren dieser geheiligten Plätze hätten des national-wissenschaftlichen Geistes toll als Grund des nationalen Geistes stehen, das jedem sozialrevolutionären Störenfriede, der sich nicht ein warmes „Die Hände weg!“ nennt und wenn dem Rufe nicht Folge gegeben wird, mit der Schärfe des Schwertes den Eindringling zurücktreibt. Sozialrevolutionäre Apologeten und Wortführer haben da nichts zu suchen, wo der nationale Gedanke siegreich das Haupt erhebt. Je unerbittlicher die regierenden Kreise nach dieser Regel handeln, um so näher werden sie auch der Erkenntnis kommen, daß auf die Dauer nicht mit dem jetzigen verfallenen Zustande auszukommen ist, trotz dessen das Reich „zur Hölle gleich“ ist und diejenigen, die sich ausdrücklich als Feinde der bestehenden Ordnung betonen und deren Mission in ihrem Lebensweck gemacht haben, genau nach demselben gleichen Maße zu behandeln sind wie die betrunkenen Schauer und Vertheidiger des Staats- und Gesellschaftsordnungs. Zwischen ihnen und man hat über den Fall Arons geschloffenen Akten an die Negativität zu werden dort unter dem Vorzeichen des „Bekanntlich“ verstanden, das sich gegen den Widerspruch der „gemeinrechtlichen“ Bekämpfung der Sozialdemokratie anlehnt. Nur das Fehlen von sonderrechtlichen Bestimmungen gegenüber der sozialdemokratischen Agitation hat es möglich gemacht, daß der „Fall Arons“ sich überhaupt zu einem solchen entwickelt und nicht kurzer Hand, sondern erst nach einem mehrwöchigen Verwicklungsverfahren im staatlichen Ordnungsbereich erledigt werden konnte.

Aktenstück im Falle Arons.

Die Angelegenheit des jüdischen und sozialdemokratischen — beide Bezeichnungen sind ohne alle persönliche Tendenz zur richtigen sachlichen Beleuchtung des Falles erforderlich — Privatdozenten Dr. Arons an der Berliner Universität ist nach langen Jern- und Wirtualen endlich zum Abschluß gekommen, und zwar zu einem solchen, der im Interesse des unerschütterten nationalen Charakters unserer Hochschulen nur mit ungetheilter Freude begrüßt werden kann: Dr. Arons ist nämlich von der höchsten Instanz mit der Abberaumung der Eigenschaft als Privatdozent bestraft worden.

Der Verkauf des Lehramts gegeben den Dr. Arons, das liegt den im Staatsinteresse eingehenden Angaben geföhnt hat, reicht ziemlich weit zurück. Die öffentliche Aufmerksamkeit lenkte sich auf die sozialrevolutionäre Thätigkeit des Dr. Arons zum ersten Male im Jahre 1894, als bekannt wurde, daß der Berliner Privatdozent und Schwiegerjohn des Kompanions von Bielefeld der Partei des Umsturzes die Kleinigkeit von 300,000 Mk. gesöhnt habe. Das wurde von der nationalen öffentlichen Meinung allgemein als ein Schlag ins Gesicht, als ein beachtlicher blutiger Dolch auf das ordnungsparteiliche stürmische Verlangen nach verstärkten Schutzwehren gegen die sozialrevolutionäre Bewegung aufgefaßt und hatte zur Folge, daß man dem Treiben dieses eigenartigen Herrn „Privatdozenten“ etwas schärfer aufpaßte. Da zeigte es sich denn alsbald, daß Herr Dr. Arons nicht bloß seinem akademischen Lehrberufe, der ihn eigentlich auf Mathematik und Physik beschränkt hätte, oblag, sondern daneben noch, wenn nicht in der Hauptsache, eine lebhaft agitatorische Thätigkeit für die Partei des Umsturzes entfaltet. Unter dem Einbrüche der hierüber sich geltend machenden Empörung in allen nationalgeföhnten Kreisen sah sich schließlich auch die Regierung veranlaßt, der Sache näher zu treten, und zwar bot die formelle Kammer zu dem amtlichen Vorgehen das im Jahre 1898 bew-

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 26. Februar.

* Schönebeck a. d. Elbe. Im Saalkreise Halle-Wittenberg wurde der Nationalliberale Blatte-Mann gegen den Sozialisten Redakteur Schmidt, dem das Mandat gerichtlich aberkannt worden, mit 1400 Stimmen gewählt.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus begann heute die erste Sitzung des Wahrenhaus-Kreises. Finanzminister v. Mikael begründete die Vorlage, welche nicht die Vermehrung der natürlichen Entwicklung einer neuen Wirtschaftsjorn bezweckt, sondern nur den großen Baarenhäufen die Löhne auferlegt, die sie den Gemeinden vermindern. Sollte die vorliegende Steuer bewirkt, daß sich das Kapital von den Baarenbetrieben zurückzieht, so würde das sehr schädlich sein; die Steuerbetriebe gewinnen dann Zeit, sich der Konkurrenz zu erwehren. Hoffentlich werde vermieden, daß das Kind etwa in Folge der Hilfe zu vieler Vorkuren zu Grunde geht. Abg. Dr. Criegel (Braunberg (frei. Volksp.)) sprach gegen die Vorlage, welche den Kleinhandlern nichts nütze und gegen die Gewerbeordnung verstoße, indem sie den Gewerbebetrieb beschränke. Den Baarenbüchern sei das Prinzip der Baarenzahlung zu danken; man dürfe sie nicht anders wie Markthalen behandeln. Das sei den Gemeinden von sonder Kosten verursachen, sei ganz unnützlich. Die Umföhrtene, in Sachsen und Bayern dürfe uns nicht veranlassen, in denselben Fehler zu verfallen, ebenso wenig, wie man danach denke, durch Steuererhöhungen die Großbanken und den Großgrundbesitz zu unterdrücken. Minister v. Mikael bekräftigt, daß die Vorlage ein ungerechtföhrtiges Benachteiligung des Großhandels und eine ungerechtföhrtige Bevorzugung des Kleinhandels bewirke. Abg. Hoyer (Centr.) erklärte, daß die Wehrzahl des Centums auf dem Boden der Vorlage liege, daß diese aber noch nicht weit genug gehe. Seine Freunde hätten namentlich dagegen Bedenken, daß die Steuer 20 Pro. des Reingehaltes und 2 Pro. des Umsatzes nicht übersteigen solle, ferner, daß die Einbandergerichte sowie die Geschäfte mit einem Umsatz von unter 500,000 Mk. frei bleiben sollten. Abg. Hausmann (nl.) sprach sich zwar ungeschwätlich zur Vorlage aus, meinte aber, daß die Kommission noch viel schwierige Fragen zu lösen haben würde, insbesondere würden die Befreiungen der Konsum z. B. Vereine und die Möglichkeit der Umänderung des Gesetzes besonderer Prüfung bedürfen. Handelsminister Bredel trat für das Gesetz ein und sagte, wenn das Haus geneigt sei, den Interessen des Handwerks und des Kleinhandels innerhalb der in der Vorlage gezogenen Grenze noch weiter entgegen zu kommen, so werde die Regierung dafür nur dankbar sein. Abg. v. Bodenhausen (konf.) sprach sich gleichfalls im Gange für die Vorlage aus, hielt es aber für geboten, zu prüfen, ob die Steuererhöhung von 20 Pro. des Reingehaltes nicht noch zu erhöhen und die Grenze von 500,000 Mk. unter der eine Besteuerung nicht stattfinden soll, nicht herabzusetzen sei. Abg. Gotheim (frei. Ver.) bekämpfte die Vorlage, welche für kleinere Baarenhausbetriebe gegenüber eine Einkommen-Konkurrenz herbeiföhren würde. Die Steuer werde übrigens leicht zu umgehen sein, wenn auch nicht immer gerade über die Gränder, für jede Branche einer, wie bei der Firma Wertheim, vorhanden seien; man übertrüge jede Branche einem Einzelnen und die Anderen kommanditieren sich. (Zuruf: Das werden wir Ihnen schon besorgen!) Man solle lieber die Gewerbebetriebe reformieren. Geheimrath Straß bemerkte, die Regierung werde dem Vorredner dankbar sein, wenn er in der Kommission die Möglichkeiten einer Steuererhöhung recht ausführlich darlege.

ROSENOW'S PHOTOGRAPHIE-ALBUMEN